

A stylized map of Taiwan composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific locations or points of interest.

Taiwan nach der Wahl

»Status quo plus« oder schleichende Marginalisierung?

JÜRGEN KAHL
April 2012

- Nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Taiwan haben Peking und Taipeh die Weichen gestellt, um die Beziehungen zwischen China und der Inselrepublik weiter zu vertiefen. Da der designierte chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping maßgeblich an der Gestaltung der von Hu Jintao eingeleiteten Annäherungspolitik beteiligt war, ist davon auszugehen, dass er diesen Kurs nach dem Führungswechsel fortsetzen wird.
- Die chinesisch-chinesische Annäherung bleibt aufgrund der kaum überbrückbaren politischen Gegensätze weiterhin konfliktanfällig. Während der Fahrplan Pekings unmissverständlich auf die Wiedervereinigung ausgerichtet ist, verfolgt die Regierung von Präsident Ma Ying-jeou das Ziel, den *status quo* zu sichern und aufzuwerten. Langfristig steht der Durchsetzbarkeit dieses Anspruchs jedoch die Dynamik entgegen, mit der Taiwans wirtschaftliche Abhängigkeit von China zunimmt.
- Ein entscheidender Unsicherheitsfaktor für die politische Selbstbehauptung der Inselrepublik ist die derzeit in Washington diskutierte Frage, wie fest die USA in Zukunft noch zu ihren Verpflichtungen stehen, die Demokratie in Taiwan zu schützen. Diese Debatte steht in einem auffälligen Kontrast zu dem robusten Anspruch der strategischen Neuorientierung, mit der die Obama-Administration China durch das verstärkte diplomatische, wirtschaftliche und militärische Engagement in der asiatisch-pazifischen Region die Stirn bieten will.

Wenn die chinesische Inselrepublik Taiwan in der Vergangenheit in die internationalen Schlagzeilen rückte, war der Anlass häufig eine Krise mit hohem Gefährdungspotenzial. Weil sich in diesem historisch begründeten Konflikt um Taiwan der Souveränitätsanspruch der Volksrepublik China über die Insel und das Beharren Taiwans auf seinem autonomen Selbstbestimmungsrecht als unabhängiger Staat diametral gegenüberstanden, beschwor jede Eskalation auch das Risiko einer direkten Konfrontation zwischen China und den USA als *de facto*-Schutzmacht der Inselrepublik herauf. Der dramatischste Vorfall ereignete sich im Vorfeld der taiwanischen Präsidentschaftswahl im Frühjahr 1996, als Peking die Insel mit Raketentests bedrohte und der damalige US-Präsident Bill Clinton daraufhin mit der Entsendung von zwei Flugzeugträgerverbänden in die benachbarten Gewässer reagierte.

Die Vorgeschichte wiederkehrender Spannungen erklärt sowohl die besondere Aufmerksamkeit, mit der die kombinierten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Taiwan am 14. Januar begleitet worden waren, als auch die Erleichterung, mit der das Ergebnis weit über die Region hinaus – nicht zuletzt in Washington – aufgenommen wurde. Nach dem Regierungswechsel von 2008 hatte Staatspräsident Ma Ying-jeou im Umgang mit China eine pragmatische Wende vollzogen, die auf Öffnung und Verständigung statt auf Konfrontation setzt. Nach seiner Wiederwahl und der Bestätigung der von ihm geführten nationalkonservativen *Kuomintang* (KMT) als stärkste Kraft im Parlament verfügt Ma über eine solide, von den Wählern legitimierte Grundlage, um diesen Kurs in seiner zweiten Amtszeit fortzusetzen und möglichst unumkehrbar zu machen.

Dass dies im beiderseitigen Interesse liegt, zeigen die politischen Willenserklärungen, die Taiwans Präsident und die chinesische Führung nach der Wahl abgegeben haben. Über die Reichweite und die Belastbarkeit der Verständigungsbereitschaft ist damit jedoch noch nichts gesagt – der entscheidende Härte-test steht der chinesisch-chinesischen Sonnenschein-Politik erst noch bevor. Zu welchen Zugeständnissen Peking bereit ist, um die politischen Beziehungen und den Status Taiwans in einer Rahmenvereinbarung zu regeln, wird sich erst zeigen, wenn der bevorstehende Wechsel an der Spitze von Partei und Regierung in China vollzogen ist und sich die neue Führung etabliert hat.

Die in den USA seit einiger Zeit geführte Debatte, unter welchen regionalstrategischen Kosten-Nutzen-Erwägungen Amerika den politischen Selbstbehauptungsanspruch der Inselrepublik in diesem Prozess noch schützen kann und sollte, ist ein Indiz dafür, wie sich die Machtverhältnisse in Ostasien zugunsten Chinas verschoben haben und den Handlungsspielraum der westlichen Supermacht einengen. Damit steht Washington im Falle Taiwans auch vor einem schwer aufzulösenden Glaubwürdigkeitsproblem.

Wählervotum für politisches Augenmaß und soziale Balance

Die Berichterstattung der westlichen Medien reduzierte die Doppelwahl in Taiwan vom 14. Januar im Wesentlichen auf einen Volksentscheid über die gegensätzlichen Positionen des amtierenden Präsidenten Ma Ying-jeou und seiner Herausforderin Tsai Ying-wen von der oppositionellen *Demokratischen Fortschrittspartei* (DPP) in der China-Frage. Allerdings wird diese Betrachtungsweise dem politischen Stellenwert der Wahlen nur bedingt gerecht und kann das Abstimmungsverhalten der Bevölkerung nicht hinreichend erklären. Um die komplexe Befindlichkeit der 23 Millionen Taiwaner und die Herausforderungen des im Amt bestätigten Staatschefs und der regierenden KMT besser zu verstehen, sind drei Besonderheiten von Bedeutung:

Obwohl die demokratische Entwicklung, die in Taiwan erst allmählich nach der Aufhebung des Kriegsrechts 1987 begann, unter dem Dauerstress der nationalen Schicksalsfrage steht, konnte das *demokratische System* seine Reife und Funktionsfähigkeit bei den diesjährigen Wahlen erneut überzeugend unter Beweis stellen. Die politische Kultur der freien Meinungsäußerung und des offenen Parteienwettbewerbs gehört zum identitätsstiftenden Kern der taiwanischen Gesellschaft und ist konstitutiv für ihren Selbstbestimmungsanspruch. Wie anziehend diese *soft power* wirkt, zeigte das ungewöhnlich lebhaftes Interesse, mit dem die intellektuelle Bloggerszene in China die Januar-Wahlen verfolgt und kommentiert hat.

Das etablierte Zwei-Parteien-System hat den Regierungswechsel (von 2000 bis 2008 stellte die DPP zum ersten Mal den Präsidenten) zum politischen Normalfall werden lassen. Andererseits hat die Rivalität zwischen dem sogenannten blauen Lager um die KMT und dem von der DPP

angeführten grünen Lager eine *extreme Polarisierung* erzeugt, die für Kompromisse keinen Raum lässt. Die mangelnde Konsensfähigkeit im übergeordneten Staats- und Gemeinwohlinteresse stellt eine entscheidende Schwäche in den Verhandlungen mit Peking dar, insbesondere da die anachronistischen Kampfparolen – die den Ausverkauf Taiwans betreibende Festlandspartei (KMT) auf der einen Seite und die den Dialog verweigernden Unabhängigkeitsfundamentalisten (DPP) auf der anderen Seite – weder die realen Interessen der Basis beider Großparteien noch die Mehrheit der Wählermeinungen widerspiegeln.

Der Streit um die Prämissen, unter denen Taiwan mit China verhandeln soll, vermengte sich bei diesen Wahlen mit einem zweiten großen Konfliktthema: dem wachsenden Wohlstandsgefälle, das den sozialen Zusammenhalt der mittelständisch geprägten Gesellschaft gefährdet. Dabei werden die *sozialen Bruchlinien* in der öffentlichen Debatte mittlerweile so gezogen, dass sie die Gewinner (Großindustrie, Verkehr, Tourismus) und Verlierer (kleine und mittlere Betriebe des produzierenden Gewerbes) der beschleunigten wirtschaftlichen Öffnung zur Volksrepublik auseinanderdividieren. Somit steht der von Ma Ying-jeou geplante Annäherungskurs, der nach seiner Vorhersage ein »goldenes Jahrzehnt« des Wachstums und der Prosperität für Taiwan verspricht, fortan nicht nur unter politischem, sondern auch unter sozialem Rechtfertigungsdruck.

Beim Blick auf die Wahlergebnisse (Wahlbeteiligung: 74,4 Prozent) überrascht weniger der Erfolg der KMT und ihres Präsidenten, sondern vielmehr das starke Abschneiden der Opposition. Zwar sind Ma und die Regierungspartei mit einem komfortablen Vorsprung durchs Ziel gegangen, aber deutlich hinter den Resultaten von 2008 zurückgeblieben. Nachdem er bei seinem ersten Anlauf 58,5 Prozent erzielt hatte, kam der Präsident diesmal nur auf einen Stimmenanteil von 51,6 Prozent. Im Parlament, dem *Legislativ Yuan*, verlor die KMT ihre Zwei-Drittel-Mehrheit, bleibt mit 64 (2008: 81) von insgesamt 113 Sitzen aber dennoch die stärkste Kraft.

Damit ist der DDP nach der Abfuhr von 2008, die sie durch den schmachvollen Abgang des wegen Korruption zu 17 Jahren Haft verurteilten Präsidenten Chen Shui-bian erhalten hatte, ein bemerkenswertes Comeback gelungen. Die aufgrund ihrer Niederlage gegen Ma inzwischen als Parteichefin zurückgetretene Tsai Ying-wen holte bei ihrer ersten Bewerbung um das höchste Staatsamt auf Anhieb 45,6 Prozent der Stimmen. Somit

gewann die DDP mit insgesamt 40 Sitzen im Parlament 13 hinzu. Zusammen mit den beiden richtungsgebundenen kleineren Parteien, die es in den *Legislativ Yuan* geschafft haben, ergibt sich eine Mandatsverteilung von 67 für das blaue und 43 für das grüne Lager.

Aus beiden Wahlergebnissen ergeben sich zwei Feststellungen, die von der Politik berücksichtigt werden müssen:

Die DPP hat zu spüren bekommen, dass die Bevölkerung nicht zur konfrontativen China-Politik zurückkehren will, mit der Ma's Vorgänger Chen nicht nur Peking, sondern auch Washington gegen sich aufgebracht hatte. Dass die erste weibliche Präsidentschaftsbewerberin Tsai mit ihrem taktischen Lavieren zwischen Abgrenzung und Dialogbereitschaft mehr Vorbehalte als eine zukunftsweisende Perspektive anzubieten hatte, kostete sie Stimmen. Gleichzeitig hielten es die Wähler aber offensichtlich für ratsam, den Handlungsspielraum der Regierung bei ihrer Verständigungspolitik durch eine gestärkte Opposition einzuhegen. Dies entspricht auch dem durch jüngste Umfragen bestätigten Selbstverständnis, wonach sich der bei weitem überwiegende Teil der Bevölkerung unabhängig von der ethnisch-kulturellen Zugehörigkeit nicht mit China, sondern mit Taiwan identifiziert.

An den Staatschef erging hingegen die Botschaft, dass sein Versprechen, wonach jedermann von der »Friedensdividende« des kooperativen Miteinanders mit China wirtschaftlich profitieren werde, bisher nicht überzeugt. Dass die soziale Polarisierung die politischen Präferenzen bestimmt, war schon im Wahlkampf zu beobachten: Auf der einen Seite das Bündnis von KMT und den auf dem Festland operierenden Konzernen von der Informationstechnologie bis zur Petrochemie, einschließlich der knapp zwei Millionen Taiwaner, die als Beschäftigte samt ihren Familien ständig in China leben; auf der anderen Seite die DPP, die mit ihrem Einsatz für ein Sozialstaatsmodell europäischer Prägung bei den einkommensschwächeren Schichten punkten konnte. Für die KMT ist zudem besonders kritisch, dass offensichtlich auch ein großer Teil der rund 3,5 Millionen jungen Wähler im Alter von 20 bis 29 Jahren (ca. 1/5 der Stimmberechtigten) diesmal für die Opposition stimmte. Dazu gehören viele gut qualifizierte Berufsanfänger, die aufgrund der aufs Festland abwandernden Industrieproduktion zu Hause nur schwer einen angemessenen Job finden und sich mit Einstiegsgehältern zufriedengeben müssen, die nur noch knapp über dem gesetzlich festgelegten Mindestlohn liegen.

Chinesisch-Chinesische Verständigung: Die Tücken der Ambivalenz

Der Paradigmenwechsel im Umgang zwischen Taiwan und der Volksrepublik hat zwei Väter: Der entscheidende Schritt zu mehr Geschmeidigkeit auf chinesischer Seite ging von Staats- und Parteichef Hu Jintao aus, der offenbar eingesehen hatte, dass die militanten Einschüchterungsversuche seines Vorgängers Jiang Zemin kontraproduktiv wirkten und – statt Nachgiebigkeit zu erzeugen – die Fronten nur verhärteten. Das Ergebnis des Umdenkens war der Sechs-Punkte-Plan, mit dem Hu Ende 2008 – ein halbes Jahr nach dem Amtsantritt von Ma Ying-jeou – die Hand in Richtung Taiwan ausstreckte. Seine *roadmap* zur Verständigung sieht eine Schrittfolge von vertrauensbildenden Maßnahmen vor, die über den Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation und die Förderung des kulturellen und politischen Dialogs den Weg zum Abschluss einer Friedensvereinbarung ebnen soll, um den *de jure* fortbestehenden Bürgerkriegszustand zu beenden.

Die provisorische Verständigungsformel, auf die sich beide Regierungen nun berufen, hatten Unterhändler aus Peking und Taipeh bereits vor 20 Jahren auf einem um Entspannung bemühten Treffen in Singapur ausgehandelt. Der sogenannte *Konsens von 1992* beinhaltet das gemeinsame Bekenntnis zur Einheit der chinesischen Nation, stellt es aber unter den Vorbehalt verschiedener Interpretationen. Ein Formelkompromiss mit zwei entscheidenden Schönheitsfehlern: Zum einen wurde die Vereinbarung von Singapur bis heute nicht vom Parlament, geschweige denn von der Bevölkerung in Taiwan legitimiert; zum anderen sind je nach politischer Konstellation neu aufbrechende Konflikte vorprogrammiert, solange sich mit den unterschiedlichen Auslegungen des Einheitsgedankens inkompatible Zielvorstellungen verbinden. Für die chinesische Führung heißt Annäherung, dass zusammenwachsen muss, was nach ihren Vorstellungen zusammengehört. Dies ist für die KMT-Regierung, welche die »Drei Nein« (keine Vereinigung, keine Unabhängigkeit, keine Gewaltanwendung) zur Geschäftsgrundlage erklärt hat, vorläufig keine vorstellbare Perspektive. Vielmehr dient ihr die Ambivalenz der Vereinbarung als Schlupfloch, um den politischen *status quo* möglichst wasserdicht zu gestalten und durch die Erweiterung des internationalen Handlungsspielraums aufzuwerten.

Das Treffen in Singapur war auch die Geburtsstunde der halboffiziellen Agenturen, die mit der operativen Ver-

handlungsführung betraut sind. Auf chinesischer Seite die *Association for Relations Across the Taiwan Strait* (ARATS) und in Taiwan die *Straits Exchange Foundation* (SEF). Was diese in nur vier Jahren an praktischen Fortschritten zustande gebracht und in ein Regelwerk von inzwischen 16 Verträgen gegossen haben, kann sich sehen lassen. Wie schnell sich das Geflecht an Vernetzungen verdichtet, ist auf drei Ebenen zu beobachten:

Der *run* taiwanischer Unternehmen aufs Festland hatte zwar schon lange vor Beginn der Annäherungspolitik eingesetzt, mit der Einrichtung direkter Verkehrsverbindungen hat die Institutionalisierung der Wirtschaftsbeziehungen jedoch eine zusätzliche Dynamik erfahren. Ein Meilenstein ist das 2010 unterzeichnete Rahmenabkommen ECFA (*Economic Cooperation Framework Agreement*), das neben Zollsenkungen auch die schrittweise Liberalisierung des Marktzugangs und des Investitionsverkehrs in beide Richtungen vorsieht. In diesem Jahr soll ein Investitionsschutzabkommen folgen. Als Hauptabnehmer der Exporte Taiwans (einschließlich Hongkongs 40 Prozent der Gesamtausfuhren), aber auch als Fertigungsstandort für die taiwanische High-Tech-Industrie (gesamter Investitionsbestand bei rund 100 Mrd. US-Dollar) stellt China heute schon den bei Weitem wichtigsten Wirtschaftspartner der Inselrepublik dar.

Die zweite Ebene bildet die *Öffnung für zwischenmenschliche Kontakte*, die nun in beide Richtungen erfolgt. Im Jahr 2011 besuchten ca. zwei Millionen festlandchinesische Touristen die Insel. Noch intensivere Beziehungen zu Land und Leuten vermittelt der Studentenaustausch: Taiwans Hochschulen haben inzwischen rund tausend Nachwuchsakademiker vom Festland aufgenommen und die jährliche Zulassungsquote auf zweitausend erhöht: zum Schutz der heimischen Arbeitsplätze allerdings mit der Auflage, dass sie nach dem Examen wieder zurückkehren müssen.

Eine von Peking eher unbeabsichtigte Folge des wachsenden Interesses aneinander und der Vielzahl persönlicher Verbindungen ist die zunehmend hörbare Stimme des Volkes im *politischen Dialog*. Dies zeigte sich, wie bereits erwähnt, erstmals bei den Januar-Wahlen in Taiwan. Trotz Zensur verfolgten laut Agentur-Berichten schätzungsweise mehrere Millionen Chinesen auf dem Festland die TV-Duelle der Kandidaten für das Präsidentenamt live im Internet und hinterließen in Blogs ihre

Kommentare zum Systemvergleich. Aufgrund des großen Interesses sah sich die Parteizeitung *Global Times* veranlasst, in einem längeren Beitrag (Ausgabe vom 17.01.2012) zu begründen, warum Taiwans Demokratie nicht auf die Volksrepublik zu übertragen sei.

Der Status quo als Wanderdüne

»Beim Überqueren des Flusses nach den Steinen tasten«, hieß das Motto, das Deng Xiaoping seinerzeit über sein wirtschaftliches Reformexperiment stellte. Wird die Metapher auf den Brückenschlag über die Taiwan-Straße übertragen, stellt sich die Frage, wer mit welcher Geschwindigkeit und mit welchen Blessuren wo ankommt.

Das Ziel der chinesischen Führung ist eindeutig. Deshalb wird sie die Machtmittel, um den Prozess unter Kontrolle zu halten, kaum aus der Hand geben. Die rechtliche Grundlage, um notfalls gewaltsam zu intervenieren, liefert das 2005 als Reaktion auf den Unabhängigkeitskurs des damaligen taiwanischen Präsidenten Chen Shui-bian verabschiedete *Anti-Secessions-Gesetz*. Das überlegene militärische Offensivpotenzial, das in den Küstenprovinzen entlang der Taiwan-Straße existiert, lässt keinen Zweifel daran, dass China zu einer Intervention in der Lage ist.

Der Rest ist eine Frage der Geduld. Staats- und Parteichef Hu Jintao hat sie indirekt beantwortet, indem sein Sechs-Punkte-Plan keine Fristen für die Wiederherstellung der nationalen Einheit setzt. Und solange sich beide Seiten weiter aufeinander zubewegen, dürfte sich an dieser Politik der ruhigen Hand auch unter der neuen chinesischen Führung auf absehbare Zeit kaum etwas ändern. Dafür spricht auch, dass der voraussichtlich künftige Staats- und Parteichef Xi Jinping kein Neuling in der Taiwan-Politik ist. In seiner langjährigen Tätigkeit in den südchinesischen Küstenprovinzen als Gouverneur in Fujian und Zhejiang war er an der operativen Gestaltung der Austauschbeziehungen maßgeblich beteiligt. Die pragmatische und konstruktive Rolle, die Xi dabei spielte, stimmt die politischen Beobachter in Taipeh zuversichtlich, dass er den Kurs seines Vorgängers ohne Abstriche fortsetzen wird.

Das Dilemma, vor dem die KMT-Regierung, aber auch die Opposition in Taiwan steht, ist der offenkundige Widerspruch zwischen ihren politischen Ambitionen

und dem tatsächlichen Trend der Entwicklung. Unter den Bedingungen extrem asymmetrischer Kräfteverhältnisse wird die ständige Berufung auf den *status quo*, den es abzusichern und möglichst noch zu verbessern gilt, fragwürdig. Dies gilt erst recht für die Anwendbarkeit der Begriffe »Normalisierung« (im Sinne von »*mutual non-denial*«) und »besondere Beziehungen«, die Präsident Ma aus dem Wortschatz der deutsch-deutschen Annäherungspolitik übernommen hat.

Als die Bundesrepublik und die DDR ihre Beziehungen im Grundlagenvertrag von 1972 neu regelten, hatten beide ein starkes Bündnis im Rücken. Die Inselrepublik, die nur noch mit 23 kleineren Staaten diplomatische Beziehungen unterhält, ist dagegen international weitgehend isoliert. Ihre Sicherheit hängt ausschließlich davon ab, dass die USA ihre einseitig abgegebene Beistandsverpflichtung einlösen. Obwohl der Sechs-Punkte-Plan von 2008 Taiwan unter dem Souveränitätsvorbehalt eine »angemessene« (im englischen Wortlaut »*reasonable*«) Mitwirkung in internationalen Organisationen in Aussicht stellte, hat sich in dieser Hinsicht bis heute kaum etwas bewegt. Einzige Ausnahme ist der Beobachterstatus, mit dem Taiwan unter der Bezeichnung »*Chinese Taipei*« seit 2009 in der *World Health Assembly* (WHA), dem höchsten Entscheidungsgremium der *World Health Organization* (WHO), vertreten ist.

Besonders empfindlich trifft Pekings restriktive Handhabung des *Ein-China-Prinzips* die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Insel. Zwar ist Taiwan seit 2001 Mitglied der *World Trade Organization* (WTO) – unter der Bezeichnung *Separate Customs Territory of Taiwan, Penghu, Kinmen and Matsu/Chinese Taipei* –, bleibt aus politischen Gründen bisher jedoch von den bilateralen Freihandelsabkommen, die regional wie global zunehmend an Bedeutung gewinnen, ausgeschlossen. Im selben Maße, wie Taiwan dadurch seine internationale Wettbewerbsfähigkeit im Verhältnis zu Konkurrenten wie Südkorea einbüßt, nimmt das Tempo zu, mit dem die Insel von der weit fortgeschrittenen Interdependenz auf die wirtschaftliche Integration mit dem Festland zusteuert.

Supermacht im Zielkonflikt – Die Taiwan-Debatte in den USA

Der chinesische Generalstabschef Chen Bingde sorgte für politischen Wirbel in Washington und Taipeh, als er im Frühjahr 2011 bei einem USA-Besuch angebliche Äu-

Berungen seiner Gesprächspartner im amerikanischen Kongress öffentlich machte. In dem Meinungsaustausch, so der General, hätten sich einige Abgeordnete – ganz im Sinne Pekings – dafür ausgesprochen, den *Taiwan Relations Act*, der die Schutz- und Beistandsverpflichtungen Amerikas gegenüber der Inselrepublik regelt, zu überprüfen und an die neuen Bedingungen anzupassen. Obwohl diese Darstellung umgehend demontiert wurde, hatte Chen einen wunden Punkt getroffen.

Seit einiger Zeit beobachten Regierung und Opposition in Taiwan gleichermaßen besorgt, wie in sicherheitspolitischen Zirkeln der USA außerhalb von Regierung und Kongress ein Tabu gebrochen und die bisherige Taiwan-Politik Washingtons zur Disposition gestellt wird. Dies wirft zwei für die Inselrepublik existenzielle Fragen auf: Wie lange und wie fest werden die USA noch zu ihrer gesetzlich verankerten Schutzverpflichtung stehen und welchen Stellenwert nimmt Taiwan in der strategischen Neuorientierung ein, mit der Präsident Barack Obama die asiatisch-pazifische Region zum zentralen Schwerpunkt des wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Engagements der USA machen will?

Den Aufschlag zu der Debatte, die von den taiwanischen Medien unter der Überschrift »*Abandoning Taiwan*« in allen Einzelheiten verfolgt wird, haben die beiden auf China und Ostasien spezialisierten Politikwissenschaftler Charles Glaser und Bob Sutter (beide an der *George Washington Universität*) gegeben. Die Argumentationslinie, die sie in ihren prominent publizierten Aufsätzen vertreten, ist in doppelter Hinsicht aufschlussreich. Zum einen spiegelt sich darin die respektinflößende bis einschüchternde Wirkung wider, die der rasante Aufstieg Chinas zur regionalen Vormacht auf die wirtschaftlich schwer angeschlagene Supermacht hat. Zum anderen wird die Schlussfolgerung gezogen, dass die modernen militärischen Offensivkapazitäten, über die China inzwischen verfügt, die Verteidigung Taiwans im Falle eines bewaffneten Konflikts für die USA zu einem unverhältnismäßig kostspieligen und verlustreichen Abenteuer machen würden.

Der Streit um das zweite Argument offenbart im Falle Taiwans den strategischen Zwiespalt, der die amerikanische China-Politik unter Obama ebenso wie unter seinen Vorgängern zwischen Anläufen zum konstruktiven Engagement und robusten Eindämmungsversu-

chen hin und her pendeln lässt. Auf der einen Seite befinden sich die Befürworter des *Disengagement*, die den Taiwan-Konflikt als entscheidendes Hindernis für eine grundlegende, auf Vertrauensbildung und Kooperation ausgerichtete Verbesserung der Beziehungen mit Peking ansehen. Auf der anderen Seite steht die immer noch starke Pro-Taiwan-Lobby im amerikanischen Kongress, die Obama vorwirft, mit seiner zögerlichen politischen und militärischen Unterstützung der Inselrepublik die Glaubwürdigkeit der USA aufs Spiel zu setzen.

Mit seinem geschickt lancierten Petition für eine Revision des *Taiwan Relations Act* hatte der chinesische Generalstabschef genau den Konfliktherd angesprochen, der seit über 30 Jahren mit jeder amerikanischen Waffenlieferung an Taiwan (die Insel ist der viertgrößte Rüstungskunde der USA) für neue Spannungen im sino-amerikanischen Verhältnis sorgt. Das 1979 vom Kongress verabschiedete Gesetz war der Ersatz, mit dem die USA Taiwan für den diplomatischen Schwenk zur Anerkennung der Volksrepublik sowie für die Aufkündigung des bilateralen Verteidigungsbündnisses von 1954 entschädigte und sich verpflichtete, die Insel vor Übergriffen des kommunistischen Gegenübers zu schützen. Aus der Sicht Pekings, für das der Souveränitätsanspruch über Taiwan unter den »nationalen Kerninteressen« an erster Stelle steht, war und ist die zweigleisige China-Politik der USA ein doppelter Affront: Zum einen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes, zum anderen als Teil der *Containment*-Strategie, mit der die USA versuchen, China klein zu halten.

Allerdings ist, was häufig übersehen wird, der *Taiwan Relations Act* keineswegs ein Blankoscheck, mit dem die USA der Inselrepublik unter allen Umständen zu Hilfe eilen müssten. Nach dem Wortlaut des Gesetzes erfordert die Beistandsverpflichtung eine gemeinsame strategische Perspektive. Wie Washington diesen Ermessensspielraum nutzt, zeigen zwei Fallbeispiele: Als der taiwanische Präsident Chen Shui-bian vor der Wahl 2008 auf die Unabhängigkeitserklärung Taiwans zusteuerte, stellte sich die US-Regierung im engen Schulterchluss mit Peking gegen ihn. Ebenso war das eigene strategische Interesse, sprich die Rücksichtnahme auf China, der Grund für die Weigerung Obamas, Taiwan im Jahr 2011 mit der neuen Generation von F16-Kampfflugzeugen und U-Booten zu beliefern.



Werden sich die USA mit einem bloß um Gesichtswahrung bemühten Formelkompromiss aus der Affäre ziehen oder werden sie ihren Einfluss nutzen, um den chinesisches-chinesischen Annäherungsprozess zugunsten des ungleich schwächeren Taiwans geltend zu machen? Ein dafür ansetzbarer Hebel ergibt sich aus dem sino-amerikanischen Kommuniqué von 1982. Darin hatte Washington eine schrittweise Reduzierung seiner Waffenlieferungen zugesagt, sobald die Bedingungen dies zuließen. Wenn sich beide Seiten darauf verständigen könnten, dass Peking im Gegenzug sein auf Taiwan gerichtetes Raketenarsenal abbaut, wäre dies ein glaubhafter Beitrag zur Entspannung.

Fazit

Nach über 60 Jahren Teilung und wiederkehrenden Krisen haben die Volksrepublik China und Taiwan zum ersten Mal zu einer von wechselseitiger Verständigungsbereitschaft getragenen Politik der pragmatischen An-

näherung gefunden. Wenn es beiden Seiten gelingt, diesen Prozess nachhaltig zu gestalten und ihren historisch bedingten Konflikt im gegenseitigen Einvernehmen dauerhaft beizulegen, würde dies maßgeblich zur Stärkung von Sicherheit und Frieden in Ostasien beitragen. Mit dem Paradigmenwechsel von der Konfrontation zu einer Politik, die auf praktische Schritte zur Verständigung und Vertrauensbildung setzt, hat der chinesische Staats- und Parteichef Hu Jintao im Falle Taiwans einen Kurs eingeschlagen, der sich von chinesischem Verhalten in anderen regionalen Konflikten – etwa im Streit um die konkurrierenden Besitzansprüche auf die Inseln im Ost- und im Südchinesischen Meer – deutlich unterscheidet. In welche Richtung sich China und die Taiwan-Politik der USA entwickeln, kann Taiwan kaum beeinflussen. Die Überwindung der parteipolitischen Polarisierung zugunsten einer gemeinsamen Linie in der »nationalen Schicksalsfrage« würde aber dazu beitragen, dass die Inselrepublik ihren Anspruch auf demokratische Selbstbestimmung auch international überzeugender vertreten kann.



Über den Autor

Jürgen Kahl ist politischer Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ).

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien- und Pazifik
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Jürgen Stetten, Leiter, Referat Asien- und Pazifik

Tel.: ++49-30-269-35-7504 | Fax: ++49-30-269-35-9211
<http://www.fes.de/international/asien>

Bestellungen/Kontakt:
Birgit.Sutarna@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-120-3